



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 13.10.2004  
KOM(2004) 633 endgültig

**BERICHT DER KOMMISSION**

**über den Internationalen Fonds für Irland gemäß Artikel 6 der Verordnung  
(EG) Nr. 2236/2002 des Rates**

{SEK(2004) 1196}

## BERICHT DER KOMMISSION

### über den Internationalen Fonds für Irland gemäß Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 2236/2002 des Rates

Die langjährige Unterstützung des Friedensprozesses in Nordirland durch die Europäische Union kommt am exemplarischsten in deren Beitrag zum Internationalen Fonds für Irland (IFI) (seit 1989) und im PEACE-Programm (seit 1995) zum Ausdruck. Damit wurde der langfristige Charakter der Ziele des Friedensprozesses anerkannt, die über die Jahre hinweg breite Unterstützung seitens des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission gefunden haben.

Die Ratsverordnung (EG) 2236/2002<sup>1</sup> bildet die zurzeit die juristische Grundlage für Beiträge der Gemeinschaft n 2003 und 2004. Artikel 6 dieser Verordnung legt die notwendigen Elemente einer Bewertung der Bedingungen für eine weitere Unterstützung nach 2004 fest ebenso wie die Vorlage an die EU Haushaltsautoritäten (Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union). Dieser Bericht und seine Anhänge bauen auf dem Bericht von 2001 über den Internationalen Fonds für Irland<sup>2</sup> auf und erfüllen die Anforderungen der oben genannten Bewertung. Seit dem Bericht von 2001 ist der Devolutionsprozess in Nordirland unterbrochen. Die politische und soziale Lage in der Region ist weiterhin unsicher, und das nach wie vor hohe Maß an Gewalt und die tiefe Spaltung erfordern, dass die EU ihre Anstrengungen zur Förderung von Frieden und Aussöhnung in diesem Teil der Europäischen Union aufrechterhält. Am 18. Juni 2004 nahm der Europäische Rat in Bezug auf den Friedensprozess in Nordirland die folgende Schlussfolgerung des Vorsitzes<sup>3</sup> an: *„Der Europäische Rat nimmt die derzeitigen Schwierigkeiten im Friedensprozess in Nordirland zur Kenntnis und unterstützt die Bemühungen der beiden Regierungen um die Wiedereinsetzung der dezentralisierten Institutionen. Um diese Bemühungen zu unterstützen, fordert er die Kommission auf, zu prüfen, inwieweit die Maßnahmen im Rahmen des Programms PEACE II und des Internationalen Fonds für Irland auf die Maßnahmen im Rahmen der anderen Strukturfonds-Programme, die Ende 2006 auslaufen, abgestimmt werden können; dies gilt auch für die finanziellen Auswirkungen.“*

In den vergangenen Berichten der Europäischen Kommission wurde einhellig anerkannt, dass die Tätigkeiten des IFI in sehr positiver Weise zu Frieden und Aussöhnung in Nordirland und der irischen Grenzregion beitragen und somit den Zielen des Fonds, den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu fördern und die Kontakte, den Dialog und die Versöhnung zwischen Nationalisten und Unionisten in ganz Irland zu unterstützen, gerecht werden.

---

<sup>1</sup> Verordnung (EG) Nr. 2236/2002 des Rates vom 10. Dezember 2002 über Finanzbeiträge der Gemeinschaft zum Internationalen Fonds für Irland (2003-2004).

<sup>2</sup> Mitteilung der Kommission: Bericht über den Internationalen Fonds für Irland gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 214/2000 des Rates– KOM(2001) 548 und SEK(2001) 1579 vom 1 Oktober 2001.

<sup>3</sup> Schlussfolgerung Nr. 47 des Vorsitzes– Europäischer Rat von Brüssel vom 17.-18. Juni 2004; Rat der EU Nr.10679/04 (CONCL 2) vom 18.6.2004.

Die derzeitige Generation von gemeinschaftlichen Strukturfondsprogrammen (namentlich das Programm PEACE), die die Hauptinstrumente für die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in der Region darstellen, bieten dem IFI neue Möglichkeiten. Die Prioritäten des IFI und der Gemeinschaftsprogramme ergänzen einander, und dieses hohe Synergiepotenzial muss verstärkt genutzt werden. Insbesondere unterstützt der IFI vor allem wirtschaftlich benachteiligte Gebiete, während der Geltungsbereich von PEACE eine ganze Liste von Gebieten, Gruppen und Sektoren umfasst, die als „vom Konflikt am stärksten betroffen“ eingestuft wurden. Auch könnte die konfessions- und/oder grenzübergreifende Dimension für alle IFI-Programme zu einem expliziten Auswahlkriterium werden, so wie dies bei allen Prioritäten von PEACE bereits der Fall ist.

Die derzeitige strategische Überprüfung der Tätigkeiten des IFI dürfte zu einer „Neuorientierung“ zugunsten von Aktionen führen, die bei den Gruppen ansetzen und der Aussöhnung in hohem Maße förderlich sind. Obwohl sich der IFI und die Gemeinschaftsprogramme von den Verfahren und der finanziellen Größenordnung her nach wie vor deutlich voneinander unterscheiden, wird davon ausgegangen, dass die derzeitige strategische Überprüfung dem IFI zusammen mit seinen Geldgebern diesbezügliche Fortschritte ermöglichen wird.

\*\*\*

Der britische und der irische Premierminister haben in einem Schreiben an den Präsidenten der Europäischen Kommission vom Mai 2004 eine Weiterführung der Gemeinschaftsbeiträge zum IFI sowie eine Fortsetzung des PEACE-Programms um weitere zwei Jahre (2005-2006) beantragt. Romano Prodi antwortete, die Kommission wolle an diesen Anstrengungen auf jeden Fall festhalten, da diese europäischen Interventionen einen echten Mehrwert aufweisen, indem sie die Gruppen zusammenführen und es ihnen dabei ermöglichen, gemeinsame wirtschaftliche und soziale Probleme und Chancen in Angriff zu nehmen bzw. zu nutzen.

Da die Stärkung der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und deren Völkern ein Kernziel der EU bildet, ist es für die EU wichtig, zusammen mit den anderen internationalen Geldgebern diesen Zielen verpflichtet zu bleiben und ihren Beitrag zum IFI zu erneuern.

Vor diesem Hintergrund hält es die Kommission für angezeigt, auf der Grundlage der Bemerkungen in diesem Bericht auch nach 2004 eine Finanzierung vorzusehen, wobei diesen Bemerkungen in der künftigen Verordnung der Rates über Finanzbeiträge der Gemeinschaft zum IFI oder über andere geeignete Wege der Zusammenarbeit zwischen der Kommission und dem IFI Rechnung getragen werden könnte.